

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

# Danziger



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, in Leipzig: J. J. Engel & Fort. S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchbdlg.

# Zeitung.

## Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:  
Den Professor Dr. Hermann Witte zum ordentlichen Professor an der juristischen Facultät der Universität zu Greifswald; den Stadtrichter v. Wulffen in Berlin zum Stadtgerichts-Rath; die Kreisrichter Hauschke in Tarnowitz, v. Schlopp in Rybnitz, Robert in Reike, Schäffer in Leobschütz, v. Kunowski in Neustadt O.-S. und Proeckel in Cosel zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen und dem Rechtsanwalt und Notar Kneufel in Ratibor den Charakter als Justiz-Rath zu verleihen; so wie den Kreisgerichts-Secretairen Wolff in Seeburg und Plieta in Allenburg den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

## (M.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

In Stockholm fanden Unordnungen statt, die erst durch Einschreiten des Militärs und Anwendung der Waffen gedämpft wurden. Es wurde das Auftragsgesetz proclamirt. Nach „Dagbladet Allhandla“ hat der Staatsrath auf Anbringen der Westmächte die Aufstellung eines Observations-Corps von 50,000 Mann beschlossen, das eventuell bestimmt ist, die Befragung von Seeland zu bilden.

Hamburg, 15. März. Die „Hamburger Börsenhalle“ meldet: Auf das gestern Abend in Cuxhaven angelangte Hamburger Schiff „Daphnia“ hat bei der Insel Vorkum in Ostfriesland ein Kriegsschiff zweimal geschossen. Dank dem starken Winde gelang es jedoch der „Daphnia“, die Elbe zu erreichen.

Hamburg, 15. März. Die „Börsenhalle“ meldet aus Kolding vom 14., daß den holländischen Grundbesitzern eine Contribution von einem Thaler für die Tonne Hartkorn aufgelegt werden soll.

Altona, 15. März. Gestern ist eine Verordnung der Bundescommissäre erlassen, welche nach nunmehr erfolgter Verständigung mit der obersten Civilbehörde der Allirten in Schleswig das Nöthige wegen Wiederaufhebung der Zollgrenze zwischen Holstein und Schleswig und wegen Errichtung einer neuen Zollgrenze zwischen Schleswig und Dänemark anordnet. Vom 20. d. ab sind die provisorische Zollverordnung der Bundescommissäre vom 12. Januar und die Verordnungen über die Zollgrenze an der Eider aufgehoben und die Zollverordnung von 1838 nebst ihren Ergänzungen und alle vor dem 12. Januar in Kraft gewesenen anderen Zollverordnungen wieder eingeführt. Erlaubnißscheine zum Probenhandel für Schleswig gelten auch in Holstein.

London, 15. März. Der Erzherzog Maximilian wird heute über Brüssel nach Hause reisen. Gestern besuchte der Erzherzog die Königin und empfing die Besuche des Prinzen und der Prinzessin von Wales, der Herzoge Nemours, Joinville und Sumale, Lord Clarendon's, Gladstone's und der Gesandten Oesterreichs, Belgiens, Bayerns, Frankreichs und der Türkei.

Hannover, 15. März. Eine königliche Proclamation verlegt die Ständeversammlung bis zum 28. April c., während die Commissionen zur Prüfung der Vorlagen weiter arbeiten.

Petersburg, 15. März, Vormitt. Das „Journal de St. Petropolis“ widerlegt die Gerüchte von einer Erneuerung der heiligen Allianz, sei es als eines Bündnisses der Fürsten gegen die Freiheit der Völker, sei es als einer Coalition Europas gegen eine der Großmächte. Die einzige heilige Allianz, die heute möglich, sei die Allianz des Friedens, des Fortschritts, des allgemeinen Gedeihens. Rußland, der Nähe bedürftig behufs Vollenbung der begonnenen Reformen, würde nicht der Letzte sein, seinen Platz in einer solchen

## Die englische Post.

Der neueste Bericht des Generalpostmeisters liefert wieder zahlreiche Beweise von der außerordentlichen Thätigkeit der englischen Post, und den mannigfachen Verbesserungen, die sie jährlich in ihrem höchst verwickelten Dienst im Innern, mit den Colonien und dem Ausland einzuführen versucht, und von denen sie mit der löblichsten Sorgfalt dem Publikum Nachricht giebt, die Schwierigkeiten auseinanderlegt und seinen Beistand, so weit es ihn geben kann, anspricht; eben so erklärt die Post die Gründe, warum Verbesserungen, die von ihr gefordert worden sind, für jetzt unmöglich seien, oder warum sie auf Erleichterungen, die sie früher zugesprochen hatte, Verzicht leisten müssen. Ich kenne nirgend eine öffentliche Verwaltung, die so bereit ist, ihre Unvollkommenheiten einzugehen, die Fehler, die sie gemacht haben mag, anzuerkennen, und sich mit dem Publikum über Alles zu verständigen, wie die englische Post; die natürliche Folge ist, daß sie nach und nach ein Muster für öffentliche Anstalten geworden ist, während sie vor dem Jahre ihrer Reform (1839) eine der unvollkommensten in der Welt war. Ihre Einrichtungen und Erfahrungen verdienen daher die aufmerksame Beachtung.

Der erste und größte Vorzug der englischen Post ist die Wohlfeilheit des Porto und seine Gleichförmigkeit. Die Wohlfeilheit ist das Erste, was die Briefschreiber verlangen; und was die Zunahme der Zahl der Briefe hervorbringt; die Gleichförmigkeit ist das, was die Post in den Stand setzt, die große Masse der Briefe zu behandeln; beides geht zusammen und kann nicht getrennt werden, und wenn man in Deutschland will, daß die Posten ihre Dienste vollständig leisten, so muß man vor Allem daran arbeiten, die zwei höheren Bonen des Briefporto abzusuchen.

Die Zahl der Briefe im letzten Jahre belief sich auf 605 Millionen, also nur um 12 Millionen mehr als im Jahre 1861, während die gewöhnliche Zunahme von Jahr zu Jahr etwa 20 Millionen beträgt. Diese geringere Zunahme mag zum Theil von den ungünstigen Verhältnissen der Baumwollensabirication, zum Theil von zufälligen Umständen herühren; so veranlaßte z. B. die Säuhlung der Bevölkerung im Jahre 1861 eine Zunahme der offiziellen Briefe von 3%

Allianz einzunehmen, welche Niemanden bedrohte, Niemanden ausschloß, ausgenommen die Intriganten, die wahren Feinde der Freiheit und des sittlichen und materiellen Gedeihens der Völker. (Auszüglich bereits mitgetheilt.)

## Schleswig-Holstein.

Vom Kriegsschauplatz ist auch heute nichts Neues zu melden.

Der „Staatsanzeiger“ giebt heute über die in dem Telegramme unserer gestrigen Morgenszeitung mitgetheilten kleinen Gefechte gegen dänische Vorposten vor Düppel (bei Pillemdale) eine sehr ausführliche Beschreibung. Es waren engagirt die 6. und 7. Compagnie, 50 Mann der 5. und 85 der 8. Compagnie des 15. Regiments unter Oberstleutnant v. d. Holz und das Füsilierbataillon des 55. Regiments unter General v. Giffen. Die 6. Compagnie kam im Dunkel vom rechten Wege ab. 85 Mann unter Hauptmann v. d. Red überraschten die Posten, warfen sich auf die Gebäude der Pillemdale und nahmen 12 Dänen gefangen. Ein Zug der 7. Compagnie nahm 14 Mann bei Stavegard gefangen. Die 12. Compagnie des 55. Regiments jagte die feindlichen Vorposten nach Radebüll hinein und nahm die erste Barrikade. Die 11. Compagnie desselben Regiments besetzte die Ravensloppel und ein Zug dieser Compagnie machte von den dort stehenden Vorposten 8 Mann zu Gefangenen. Um 6 Uhr Abends war die ganze Truppenabtheilung wieder bei ihren Vorposten zurück, hatte 36 Gefangene gemacht und 35 Gewehre nebst 1 dänischen Offiziersbecken erbeutet, ohne weiteren Verlust als einen Mann von der 7. Compagnie.

Schleswig, 14. März. Schon gestern theilten wir mit, daß in Beile aus den Fenstern von den Jäten auf die Desterreicher geschossen wurde. So hatte einer der österreichischen Soldaten, der im Begriff stand, einen Schuß aus seiner Feldflasche zu nehmen, einen Schuß durch den Arm erhalten. Seine Cameraden brangen sofort in das Haus, aus welchem gefeuert war. Der Besizer flüchtete sich auf den Hof und verbarg sich in einem Stallraum; hier aufgefunden, wurde er von den erbitterten Verfolgern mit den Bajonetten durchbohrt. Ein zweiter wurde auf dem Markt standrechtlich erschossen; sieben andere Bürger sind nach diesen Aussagen desselben Schicksals gewärtig. — Die Stadt ist durch diesen Widerstand von dem Militair selbstverständlich hart mitgenommen worden. An der Ecke einer Straße war aus einem Porzellan- und Glaswaarengeschäft ebenfalls fortwährend mit Erfolg geschossen worden. Ein Trupp Jäger machte Sturm und drang in den Laden ein; in wenigen Augenblicken hatten sie Alles kurz und klein geschlagen und der gestürzte Raum bot das Bild gänzlicher Verwüstung dar. Daneben verweigern die Einwohner Beile's den Truppen Quartier, was die Erbitterung noch mehr steigert. — Heute wurde hier zum ersten Male von der preussischen Militairmusik das Lied „Schleswig-Holstein u.“ gespielt. (S.N.)

Dr. Gustav Rasch erhielt von dem Ministerpräsidenten v. Bismarck folgendes Schreiben: „Eu. Wohlgeboren spreche ich in Erwidrerung der gefälligen Schreiben vom 22. und 29. Februar mein Bedauern darüber aus, daß ich nicht in der Lage bin, die von der Localbehörde auf dem Kriegsschauplatz gegen Sie verhängte Maßregel aufzuheben. Diefelbe findet ihre Erklärung in dem Ausnahmezustande, welchem das Herzogthum Schleswig gegenwärtig unterliegt, und es muß der dortigen obersten Civilbehörde die Beurtheilung und Entscheidung überlassen bleiben, welche Vorkehrungen sie mit Rücksicht auf den Kriegszustand für erforderlich erachtet.“

## Politische Ueberlicht.

Ob Dänemark die Conferenz angenommen oder abgelehnt hat, darüber konnten die verschiedensten und

Million, welche natürlich sich im Jahre 1862 nicht wiederholte. Von der Zahl der Briefe kommen in England 24, in Schottland 19, in Irland 9 auf den Kopf. Dazu vertheilte die Post 73 Millionen Zeitungen, 14 Millionen Bücherpakete, und bezahlte über 15 Millionen Pf. St. auf Postanweisungen in England und den Colonien. Die Art, wie dieses ungeheure Geschäft betrieben wird, verdient einiges Detail. Das Personal der Post bestand im Jahre 1862 in 40 Oberbeamten, 11,302 Postmeistern in 3 Klassen, 1838 Postsekretären, 168 Mann Schutzwache, 12,131 Briefträgern, 7 Schiffpostmeistern, 22 Postmeistern in Colonien, die keine eigene Postanstalt haben, und 73 Agenten in fremden Ländern, im Ganzen in 25,380 Personen, deren Besoldungen und Pensionen 1,133,628 Pf. St. betrugen. Die Zahl der Postämter ist beträchtlicher in England als in irgend einem Lande, und beträgt etwa eines auf je 2500 Köpfe der Bevölkerung; dazu kommen noch 4372 Briefsäulen, d. h. eiserne Säulen von etwa vier Fuß Höhe, welche die Post in den Straßen großer Städte und auf Kreuzwegen auf dem Lande errichtet, und die einen Briefkasten enthalten, und deren Zahl jährlich um etwa 500 vermehrt wird. Die Post hat lange sich gescheut, sie auf Landstraßen und in ungebildeten Gegenden, wie in Irland, zu errichten, weil sie fürchtete, daß Mißwillen und Bosheit sich daran vergreifen würden; aber bis jetzt hat sich die Maßregel überall bewährt, und ist von der Bevölkerung, der sie einen oft weiten Gang auf die nächste Post erspart, überall dankbar aufgenommen worden.

Der Grundsatz der Post ist: in jedem Ort, der wöchentlich hundert Briefe liefert, eine Post zu errichten; diese sind dreierlei Art: Hauptposten, die direct mit der Centralverwaltung correspondiren (es sind ihrer 808); Unterpostämter, die mit den Hauptposten correspondiren und Annahmehäuser, wo Briefe und Pakete aufgegeben und Briefmarken verkauft, von denen aber die Briefe nicht ausgetragen und keine Postanweisungen bezahlt werden. Die Briefe und Pakete werden fast überall in die Häuser ausgetragen. — Im Ganzen betrug im Jahre 1862 die Ausgabe für Eisenbahnen 526,966 Pf. St. und für Postwagen 169,629 Pf. St. Die Ausgabe für die letzteren ist im Abnehmen, aber für die Eisen-

widersprechendsten Nachrichten. Einige wollen den Widerspruch dadurch lösen, daß sie behaupten, Dänemark habe den früheren Vorschlag Englands: Conferenz ohne Waffenstillstand abgelehnt, dagegen den letzten, auf Grund der identischen österreichisch-preussischen Depesche gemachten Vorschlag: Conferenz und Waffenstillstand angenommen. Danach soll Dänemark sich zu folgendem Arrangement bereit erklärt haben, daß die Waffen ruhen, die gegenwärtigen Heeresstellungen unverändert inne gehalten werden und Dänemark unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit die gelaperten und mit Carbargo belegten Schiffe herausgiebt. In Berlin war gestern Nachmittag bei der preussischen Regierung von einer solchen Erklärung Dänemarks noch nichts bekannt. Da bis zu diesem Augenblick noch kein Telegramm eingetroffen ist, welches die Nachricht bestätigt, so kann man wohl annehmen, daß dieselbe verfehlt war. Möglich freilich ist es immerhin, daß Dänemark auf diese für dasselbe gewiß sehr vortheilhafte Proposition eingeht. Damit würde es seine Integrität vorzüglich am sichersten retten.

Sollte es — was wir immer noch nicht zu glauben vermögen — wirklich zu Conferenzen und Waffenstillstand kommen, dann würde dadurch die Stellung Preußens nur noch schwieriger. Es würde dann die Consequenzen des Zusammengehens mit Oesterreich zu tragen haben.

Wie officiös gemeldet wird, ist der letzte Absatz in der identischen österreichisch-preussischen Depesche, welcher den Vorschlag von Waffenstillstand und Conferenzen enthält, erst später auf dringenden und ausdrücklichen Wunsch Oesterreichs zugefügt worden.

Man schreibt der „Schles. Bzt.“ aus Berlin: Es gehen in maßgebenden Kreisen zwei Strömungen. Die eine will eine Veröhnung zwischen König und Volksovertretung so möglich in dieser Abgeordnetenschaft, obwohl man sie gar nicht besonders achtet. Man hält diese Art von Veröhnung für den besten Uebergang zu einem constitutionellen Ministerium alten Glaubens. Die andere Strömung will harte Repression in der Beamtensphäre, Statuirung vieler Exempel, überhaupt die Abschredungstheorie, und dann, daß die Fortschrittspartei, welche jetzt recht gesichtlich zur Zielscheibe des Spottes gemacht wird, noch mehr discreditirt werde. Inzwischen würden die Ereignisse für ihre Partei immer günstiger werden und Ende October könnte man dann dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus zuzurufen: „auf Nimmerwiedersehen!“ — Diese Ansicht scheint jetzt gefast zu haben, wamit nicht gesagt sein soll, auch ihre Träger, d. h. die Ultra-Kreuzzeitungspartei. Man kann daher in gewissen Journalen mit Recht behaupten: dieser Lanstag wird nicht mehr zusammenberufen. Von der Spaltung innerhalb der Kreuzzeitungspartei nehmen Sie immerhin Notiz. Sie besteht nicht nur, sie macht schon ihre Metamorphosen durch, und zwar wie folgt. Die alte Partei will in aller Aufrichtigkeit das Extrem. Es soll zum Bruch kommen. Dagegen hat die Kreuzzeitungspartei neuen Stils, an der Spitze Herr Wagener, die Nothwendigkeit einer Metemorphose eingesehen. Wenn Sie das Wagener'sche Programm recht genau ansehen, so streben seine Befolger nach nichts Anderem, als sich möglichst rasch in die Praxis, ans Ruder zu bringen. Sie sehen Gefahr im Verzuge. Es liegt nämlich die Absicht vor, eine Mittelpartei zu bilden, welche zwar das alte constitutionelle Prädicat noch im Schilde führt, aber die Erfolge der jetzigen preussischen Politik mit gebührender Schätzung in Kauf nimmt. Sie würde etwa wie 1849 zwischen die Demokratie — mit welchem Namen jetzt nun ein — für allemal die Fortschrittspartei abgesunden wird — und diejenigen treten, welche gar keine, nicht einmal eine Verfassung à la „Kreuzzeitung“ wünsch-

bahnen nimmt sie zu. Von Manchester nach Liverpool gehen die Briefe täglich achtmal; 5 Städte erhalten täglich fünfmal Briefe aus London, 12 viermal, 57 dreimal und beinahe 300 zweimal täglich.

Eine der größten Schwierigkeiten der englischen Post liegt in der alten Gewohnheit des Landes, Geld in Briefen zu schicken. Das Uebel war sehr groß, das Geld brach durch die Briefe und ging verloren, oder die Versuchung war für die Beamten und Briefträger zu groß.

Die Post führte nach ihrer Reform im Jahre 1839 Geldanweisungen ein; man bezahlte für eine Anweisung, die nicht über 2 Pf. St. geht, 3 Pence, bis auf 5 Pf. St. 6 Pence und bis auf 10 Pf. St. einen Shilling. Anfangs war die Post vielerlei Betrug dabei ausgesetzt, bis sie nach und nach die Formulare so verbesserte, daß gegenwärtig kaum noch einer vorkommt. Die Post gewinnt bei diesem Zweig ihrer Thätigkeit fast gar nichts, aber sie leistet dem Publikum einen großen Dienst, wie die schnelle Zunahme des Betrages der Anweisungen beweist. Die Zahl derselben belief sich im Jahre 1862 auf 6,444,531 und die verschickten Summen auf 15,761,259 Pfund. Ganz neuerdings dehnt die Post die Anweisungen auf die Colonien aus.

Da weder das Registriren der Briefe noch die Postanweisungen dem Uebel des Verschwendens von Geldstücken ein Ende machten, und die Klagen über die Unirue der Post mit der Zahl der Briefe eher zunahmten, so hat die Post im letzten Jahre zwei neue Maßregeln genommen. Die erste ist die, daß sie das Publikum ermahnte, kleine Summen, anstatt in Geld, in Poststempeln (Briefmarken) zu schicken, indem diese dem Briefträger nicht bemerklich sind. Diese Poststempel werden vielfach als Münze gebraucht, aber mehr unter den höheren Ständen als unter den ärmeren; im Wehende der Stadt giebt einem ein Krämer, bei dem man etwas kauft, selten Kupfermünze, sondern Poststempel heraus, in einem Club bekommt man nie etwas anderes, aber in ärmeren Stadttheilen und auf dem Lande herrscht noch die Kupfermünze, und die Post hatte daher dem natürlichen Einwurf zu begegnen: was ein armer Mensch, der fünf Shilling erwartet, mit der Menge Stempel thun solle, wenn er in einem



schon, und dann einem Regimente den Weg bahnen, wie wir es unter Mantuffel erlebt haben. Diese große Mittelpartei, welche die „Kreuzzeitung“ allerdings kommen sieht, und die ihr ein Dorn im Auge ist, soll die Veranlassung zu dem neuen Wagener'schen Programm gewesen sein.

Die Nachrichten über einen beabsichtigten Wechsel in Bezug auf einige große Gesandtschaften sind, wie der „Kreuztg.“ versichert wird, unbegründet.

Ganz entgegen gesetzt wie gewöhnlich bei Thronwechsel lauten die Berichte aus München sehr sorgenvoll. Man fürchtet dort, daß der junge König sich dem Einflusse der ultramontanen und österreichischen Partei hingeben werde, der, so stark er auch immer noch war, doch seit 17 Jahren über die eigentliche Regierungsgewalt nicht mehr verfügt hat.

Auf die letzte (gestern wörtlich mitgetheilte) österreichisch-preussische Depesche ist, wie berichtet wird, am 12. in Wien von Paris aus eine Antwort eingetroffen. Frankreich freut sich darin über die Mäßigung und Friedensliebe Oesterreichs und Preussens; es fügt aber hinzu, daß es bei der gegenwärtigen Sachlage eine unabwiesliche Pflicht zu erfüllen glaube, wenn es, trotz seiner innigsten Wünsche, dem Kriege ein Ziel gesetzt zu sehen, dem König von Dänemark selbst und allein überlasse, einen den politischen Interessen und der militärischen Ehre seines Landes entsprechenden Entschluß zu fassen.

Wie der „Kreuztg.“ aus Paris geschrieben wird, circulirt auch dort das Gerücht von einem beabsichtigten Handstreich Garibaldis gegen irgend einen Punkt der österreichischen Staaten. Drei bis viertausend Freiwillige seien zur Einschiffung bereit.

Der König von Schweden hat gestern in Norwegen das außerordentliche Storting eröffnet.

Die offizielle „Postid.“ enthält die Erklärung, daß die Vollmachten zur Unterzeichnung eines Defensivbündnisses mit Dänemark niemals ausgefertigt oder abgesendet seien.

## Deutschland.

Berlin, 15. März. Der Fürst von Hohenzollern ist heute Morgen von Düsseldorf hier eingetroffen, hat im königl. Schlosse Wohnung genommen und hatte gleich nach seiner Ankunft eine lange Unterredung mit Sr. Majestät dem Könige.

— (S. u. S. 3.) Die mittelst der Seehandlung und den Frankfurter Bankfirmen zum Abschluß gelangte neue 4½% Anleihe von 1864 ist heute an der Börse in den Handel gebracht worden.

— Der Chefredacteur der „Nat.-Z.“, Dr. Zabel, hat die gegen ihn erkannte vierwöchentliche Haft heute angetreten.

— Die Dividende der preussischen Bank ist heut auf 77/100 festgesetzt worden.

— Die Preß-Deputation des Criminal-Gerichts verhandelte heute einen Preßprozeß gegen den Redacteur der „Nationalzeitung“ Dr. Zabel. Die Anklage lautete auf Haß und Verachtung erregende Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit, begangen durch den in Nr. 39 der „National-Ztg.“ vom 24. Januar d. J. enthaltenen, von Dr. Zabel verfaßten Leitartikel: „Die Debatte über die Anleihe.“ Der Staats-Anwalt von Mörs beantragte 70 Thlr. Geldbuße, der Gerichtshof erkannte auf Nichtschuldig, weil die incriminirten Stellen wahre Thatfachen, der Artikel aber auch keine Schmähungen enthalte. Alldem wurde noch auf Verurtheilung eines in der Nr. 50 der „Augsburger Allg. Ztg.“ enthaltenen Artikels „Apertade“, den 13. Februar wegen Verstoßes gegen § 101 des Strafgesetzbuchs erkannt.

Stettin, 15. März. (Off. B.) Nach einer Depesche aus Swinemünde von 12 Uhr 3 Min. war kein dänisches Schiff in Sicht.

Kempen, 12. März. (Rh. Z.) Heute früh zwischen 3 und 4 Uhr zog ein starkes Gewitter über Vort hin und schlug unter anderem in den dortigen Kirchthurm unter dem Kreuze ein. In Folge der allseits schnell herbeigeleiteten Hülfe wurde das Feuer sofort gelöscht und nur ein Raum von ungefähr 4½ Fuß vom Brande beschädigt. Auch in Straelen hat es in den Kirchthurm eingeschlagen. Von der Spitze sind 15 Fuß niedergebrannt.

Wien. (Schl. B.) Aus Turin melden Privatbriefe, daß die Verproviantirung der befestigten Plätze am Mincio mit großem Eifer betrieben werde, und daß der König von Portugal dem König Victor Emanuel 18,000 Mann Hülfs-truppen für den Fall eines Krieges gegen Oesterreich versprochen habe.

## England.

London, 12. März. Gegen die friebliebende Sprache, welche die „Times“ seit einigen Tagen anstimmt, erhebt sich in erster Reihe der „Morning Herald“, der auf das Oberhaus schwört. „Daily News“ kämpft gegen den Rath der „Times“ in Zuschriften an die Redaction, in deren einer es heißt, daß man sich schämen müsse, einem Ausländer ins Gesicht zu sehen. Erwähnenswerth ist, daß die „Morning Post“ auf den Artikel der „Times“ noch keine Antwort gefunden hat. Der „Daily Telegraph“ dagegen scheint ihr heute ein wenig nachschwenken.

Brief auf diese Art bezahlt wird. Sie wechselt daher seit dem letzten Jahre in den Postämtern ungebrauchte Stempel wieder gegen Geld ein, mit einem Disconto von 2½ Proc. Diese Einrichtung hat offenbar einem allgemeinen Bedürfnis entsprochen, denn im letzten Jahre sind in London allein für 60,000 Pfd. St. Poststempel auf diese Art wieder an die Post zurückverkauft worden.

Diese Maßregel hat das Versenden von Geldstücken in gewöhnlichen Briefen vermindert, aber keineswegs verhindert, und so beschloß die Post im Laufe des letzten Jahres, den Mißbrauch dadurch unschädlich zu machen, daß sie alle Briefe, die anscheinend Geldstücke enthalten, einem Registrirten ex officio unterwirft, wodurch sie einerseits das Publikum durch die höheren Kosten davon abzubringen sucht, andererseits den Diebstahl ihrer Beamten unmöglich macht. Diese Maßregel hat sie bis jetzt nur in London angewendet, weil sie vorerst beobachten wollte, ob das Publikum sich ihr ohne allzu große Klagen unterwerfen würde. Der Erfolg ist gewesen, daß in der zweiten Hälfte von 1862 in London 52,000 Briefe mit Geld ex officio registrirt und von dem Empfänger mit vier Pence bezahlt wurden, daß gar kein Briefträger des Diebstahls angeklagt ward, daß die Reclamationen über verlorene Briefe auf die Hälfte fielen und daß das Publikum keine Klage erhob. Die Maßregel wird daher jetzt auf ganz England ausgedehnt werden. Das ist abschließend in einigem Detail erzählt, um ein Beispiel von der Art zu geben, mit der die englische Post nach und nach Schwierigkeiten zu überwinden sucht. Wenn man aufmerksam die Geschichte eines neuen Gesetzes in England verfolgt, so findet man fast ohne Ausnahme dieselbe Vorsicht und dieselbe Rücksicht nicht nur auf die Interessen, sondern auch auf die Gewohnheiten und die Vorurtheile der Nation. Daher kommt es, daß oft Mißbräuche hier so lange dauern und so groß werden, ehe die Gesetzgebung sich darein mischt, und daß oft so viele Jahre vorbeigehen, ehe man ein Mittel findet, das die Nation nicht gefallen läßt. (A. B.)

zu wollen. Der „Economist“ schwankt zwischen dem Oberhaus und der „Times“ in sehr peinlich unbefolgender Weise hin und her, scheint sich aber nach vielen „einerseits“ und „andererseits“ einer kraftvollen und energischen — Friedenspolitik zuneigen. Die „Saturday Review“ empfiehlt den Dänen etwas weniger Vertrauen auf abendländische Versprechungen und etwas mehr Respect vor der Macht Deutschlands.

## Italien.

Turin, 11. März. (R. B.) Man sprach bereits vor längerer Zeit von einem Schreiben, das Garibaldi an König Victor Emanuel gerichtet haben sollte, ohne daß es möglich gewesen wäre, darüber etwas Bestimmtes zu erfahren. Jetzt theilt mir eine Person, die ganz in der Lage ist, wohlunterrichtet zu sein, Folgendes darüber mit, das ich — freilich mit der hierbei immerhin nöthigen Reserve — Ihnen nicht vor-enthalten will: „Der Befreier Süditaliens habe,“ so theilt mein Gewährsmann mir mit, „in der That vor Kurzem an den König von Italien einen Brief geschrieben, in welchem er erklärt habe, daß er seinerseits das Geschick und Vergangene in der beständigen Hoffnung vergesse hätte, daß nunmehr bald die Zeit gekommen sein dürfte, in der es ihm vergönnt wäre, vereint mit ihm (dem Könige) von Neuem das Schwert gegen den gemeinsamen Feind zu ziehen. Sein Wahlpruch sei noch immer, heute wie früher: „Victor Emanuel auf dem Capitol!““ „Der König“, heißt es weiter, „habe sich von diesem Briefe äußerst gerührt gezeigt — indessen als nächste Antwort und Zeugnis seiner Gebundenheit nur die Achseln gezuckt.“ Hieraus, das heißt auf die vagen Gerüchte, die man zum Theil über die Natur dieses Schreibens hören konnte, dürften sich auch die Allusionen gewisser Wiener Blätter begründen, die so viel und so interessant und eben so unwahr von einer bereits erfolgten complete Ausöhnung Garibaldi's mit dem Turiner Regiment, ja, von einer schon geschlossenen Vereinbarung zwischen beiden zu sprechen wußten.

## Dänemark.

Copenhagen, 3. März. Die Gegenstände, welche von dem Brack der „Emma“, Capt. Pusch, aus Remel, am 2. Febr. nahe Frederikshavn gestrandet, geborgen sind, sind von den dänischen Behörden mit Beschlag belegt.

## Danzig, den 16. März.

\* Aus der vom „Staatsanzeiger“ heute veröffentlichten langen Liste der Ordensverleihungen an die Offiziere und Mannschaften für Auszeichnung während der kriegsrischen Operationen in Schleswig, heben wir folgende Namen heraus, deren Träger dem 3. Garde-Regiment zu Fuß angehören, das seiner Zeit hier garnisonirte. Es erhielten das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse: Feldwebel Halbrecht, Grenadier Gölzer, Grenadier Hinz, Sergeant Jmrich, Hornist Grünwald, Grenadier Thom, Grenadier Funk und Füllner Krämer.

\* Wie wir hören, lautet der Ministerialbescheid in Betreff unserer Kirchhofangelegenheit dahin, daß derselbe den bisherigen Gebrauch, mehrere Leichen in ein und dasselbe Grab zu bringen, für nicht ferner statthaft erklärt; ebenso die Beschaffung von außerhalb der äußeren Thore belegenen Begräbnisstätten als Aufgabe hinstellt. Dem Vernehmen nach wollen die hiesigen Kirchenvorstände sich dabei nicht beruhigen, sondern die Entscheidung darüber Allerhöchsten Orts nachsuchen.

\* [Stadtverordneten-Versammlung am 15. März.] Vorsitzender Herr Koepell; Vertreter des Magistrats die Herren Bürgermeister Dr. Ling, Stadträthe Ladwig, Strauß, Hahn und Licht. Das Gesuch der Herren Aeltesten der Kaufmannschaft um Ueberlassung des Saales der Stadtverordneten zur Abhaltung einer Generalversammlung wird genehmigt; ebenso das Gesuch des Vorstandes des Marienkranken-hauses um Erlaß der Realabgaben für die zu der Anstalt gehörigen Gebäulichkeiten. — Zu Vorstehern für die Armen- u. Anstalt zu Pelonen werden die Herren Stadtv. Stadtmüller und Kaufmann Ferd. Riese gewählt. — Es folgen nun die Com-missionsberichte über verschiedene Etats pro 1864. 1) Bau-Etat. (Referent Herr Damme.) Tit. I. (Gebäude und Etablissements.) Pos. 6 (Dienstwohnung des Plantenschreibers) werden für Reparaturen 10 Thlr. weniger bewilligt. Ferner werden abgesetzt vom Etat: Pos. 22 (Einrichtung eines Waschhauses im Oberförsterei-Etablissement zu Steegen) 400 Thlr.; Pos. 23 (Unterhaltung des Wasserlunfgebäudes vor dem hohen Thore) 34 Thlr. 20 Sgr.; Pos. 56 (Reisbanten im Kinder- und Waisenhaus) 500 Thlr.; Tit. I. stellt sich somit nach den genehmigten Absetzungen in der Summe auf 48,140 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf.

Zu Titel I. stellt Herr Dr. Lövin folgenden Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: 1) der Magistrat wird ersucht, eine gemischte Commission zu beschicken, welcher der Austrag ertheilt wird, auf Grund des Lagerbuchs eine Revision sämtlicher, nicht unmittelbar von der Communalverwaltung benutzten, innerhalb der Stadt und den Vorstädten belegenen städtischen Gebäude und Bauplätze vorzunehmen und zu erwägen resp. Anträge vorzubereiten, auf welche Weise diese Gebäude und Bauplätze der Stadt nutzbarer gemacht werden können, oder in wie fern für einzelne derselben Veräußerung, die entweder sogleich oder sobald die Gebäude und Bauplätze wieder disponibel werden, einzuleiten ist, zu empfehlen sei. Der Commission werden besonders die vermieteten Gebäude und diejenigen Dienstwohnungen zur Berücksichtigung empfohlen, deren unbedingte Beibehaltung weder durch ein dienstliches Interesse, noch wegen der Aufsicht über das betr. Gebäude geboten ist. 2) Zu diesen Commissionen werden gewählt 3 Mitglieder der Baudeputation, 3 Mitglieder der Feuerlöschdeputation und 3 Mitglieder der Rammereideputation.“ Die Versammlung erhebt den Antrag zum Beschluß und ernannt ihrerseits zu Mitgliedern dieser Commission die Herren Biber, Devrient, Glaubitz, Güttnier, J. E. Krüger, Schwarz, Preßel, Dr. Lövin, Stadtmüller.

Zu Tit. II. (Bräcken) wird der Antrag der Commission, jeder Brücke, die noch keinen Namen hat, eine für immer gültige deutliche Bezeichnung zu geben, die an der Brücke in leserlicher Schrift anzubringen sei, angenommen und der Etat ohne Veränderung auf 32,089 Thlr. 20 Sgr. festgesetzt. — Tit. III. (Schleusen) 590 Thlr., wird unverändert angenommen. — Bei Tit. IV. (Bohlwerke, Deiche etc.), Pos. 1 schlägt die Commission die Aofsetzung von 650 Thlrn. zum Neubau einer Stredde Bohlwerk am alten Seepachhof vor, weil dieselbe noch leidlich gut sei; die Versammlung ist damit nicht einverstanden und beläßt diese Summe auf dem Etat. Bei Pos. 47 (Herstellung der Presspösten an der Steinhauverbücke bis zur Krahnthorbrückenfähre) empfiehlt die Commission das neue Project der Baudeputation für Herstellung eines Schwellbohlwerks an obiger Stelle; durch dessen Annahme fallen 110 Thlr. vom Etat und werden 450 Thlr. für das besagte neue Project bewilligt; die Hauptsumme für diesen Titel stellt sich sodann auf 8037 Thlr. 10 Sgr. — Tit. V. (Unterhaltung der Wasserleitungen). Zu Pos. 4 werden 240 Thlr. zugesezt für

Einrichtung von 20 Brunnen zur leichteren Füllung der Wassermagen der Feuerwehr, wofür bei jedem Brunnen 12 Thlr. erforderlich sind. Die Gesamtsumme für diese Position stellt sich somit auf 390 Thlr. Bei Pos. 5 (Unterhaltung der Wasserlunf) werden 34 Thlr. 20 Sgr. zugesezt. Pos. 8 (Erhöhung der Riedewand) wird nach dem Wunsche der Baudeputation von 200 auf 500 Thlr. erhöht wegen nothwendiger größerer Reparatur. — Die von der Commission im Etat stehende Pos. 12 (Aufstellung eines aus dem Stadthof-Brunnen zu speisenden Brunnens in der Hundegasse) im Betrage von 250 Thlrn. wird nach dem Antrage des Herrn Dr. Lövin abgesetzt und kommt somit dieses Project nicht zur Ausführung. Die Hauptsumme des Tit. V. wird normirt auf 8579 Thlr. 20 Sgr. — Tit. VI. (Stromschiffahrt und Baggerung) Pos. 3 (Einrammen von Wurfschiffen) erleidet eine Verminderung um 153 Thlr.; ebenso wird die Pos. 8 (Anlage einer Pechliche auf der Rämppe) gestrichen und 40 Thlr. abgesetzt, da eine besondere Vorlage darüber erforderlichen Falls erwartet wird, um eine zweckmäßigere Anlage zu ermöglichen. Die Gesamtsumme dieses Titels stellt sich somit auf 19,312 Thlr. 13 Sgr. — Tit. VII. (Straßenbauten) Pos. 2 (Rundpflaster am Kalkorte) wird um 30 Thlr. niedriger acceptirt. Zu Pos. 3 (Unterhaltung des Pflasters sämtlicher Straßen der Stadt) bemerkt Referent, daß in der Commission der Vorschlag gemacht worden sei, die zu diesem Zwecke ausgeworfenen 3000 Thlr. in Vorauszicht der vielen Pflasterarbeiten, welche die Wasserleitung verursachen möchte, auf 1500 Thlr. zu beschränken; in Erwägung aber des unabweisbaren Bedürfnisses habe die Commission sich für Gewährung der vollen 3000 Thlr. entschieden. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. — Für Pos. 15 (Trottoirlegung) sind projectirt: a) 500 Thlr. für Reste aus 1863, b) 1500 Thlr. in der Tour, c) 1000 Thlr. außer der Tour. Da die Posten b) und c) je 500 Thlr. Plus gegen den früheren Stadtverordnetenbeschluß enthalten, so hat die Commission zwar sich für die Summen erklärt, jedoch die Aenderung bemängelt und im Bericht eine dies ausführende Bemerkung hinzugefügt. Die Versammlung beschließt die Streichung dieser Bemerkung. — Pos. 16 (Einzäunung und Bepflanzung des wüsten Plazes in der Tischlergasse) wird mit 70 Thlr. abgesetzt, weil die Pflasterung in jener Gegend vorzuziehen sei. Die Hauptsumme des Titels VII. wird endlich mit 11,091 Thlr. genehmigt. — Tit. VIII. (Allgemeine Verwaltungskosten.) Pos. 11 (zur Bestreitung technischer Gehilfen [Baumeister] für Leitung und Beaufsichtigung der größeren Bauten) werden 1000 Thlr. verlangt. Die Commission befürchtet, daß aus dieser Position leicht ein regelmäßiger Etatsposten entstehen könnte, der Posten aber zu erheblich sei, um gelegentlich durch den Etat zu passiren; es erscheint vielmehr eine besondere Vorlage des Magistrats über diesen Gegenstand nothwendig. Die Commission schlägt daher die Absetzung dieser Summe vor, die Versammlung ist mit den Erwägungsgründen einverstanden und beschließt, die 1000 Thlr. abzusetzen und eine besondere Vorlage zu erwarten. Die Hauptsumme dieses Titels VIII. wird hierauf mit 4348 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. genehmigt. — Die Totalsumme des Baue-tats wird schließlich auf 132,188 Thlr. 17 Sgr. 4 Pf. festgesetzt.

Bevor die Versammlung in die Berathung des Lazareth-Etats eintritt, giebt Herr Bürgermeister Dr. Ling folgende Erläuterungen über den jetzigen Stand der Lazareth-Angelegenheit: Er erinnert daran, daß im Juli vorigen Jahres von den städtischen Behörden der Beschluß gefaßt worden sei, das Lazareth als eine städtische Anstalt anzuerkennen und dasselbe Statut provisorisch zur Ausführung zu bringen, dem im October 1861 die Kgl. Regierung ihre Zustimmung ertheilt und das unter Androhung von Strafe auszuführen sie angeordnet hatte. Die Kgl. Regierung beanstandete nunmehr aber diesen Beschluß der städtischen Behörden unter Berufung auf § 77 der Städteordnung, was dem Magistrat zu dem umgehenden Berichte an die Kgl. Regierung veranlaßte, daß er diesen Paragraphen für nicht zutreffend halte, sich daher genöthigt sehe, den Weg der Beschwerde zu betreten. Lange Zeit sei weder auf dieses Schreiben, noch auf die Beschwerde beim Oberpräsidium und Ministerium eine Antwort erfolgt. Erst in den letzten Tagen sei ein Schreiben vom Kgl. Oberpräsidium hier eingetroffen, worin mitgetheilt werde, daß dasselbe das Schreiben des Magistrats vom 1. August v. J. erhalten und unterm 5. desselben Monats die hiesige Kgl. Regierung zur Berichterstattung aufgefordert, aber erst vor Kurzem Antwort erhalten habe. Da jedoch inzwischen das Kgl. Ministerium in dieser Angelegenheit verfügt habe, so könne dieselbe als erledigt betrachtet werden. Ferner sei von der hiesigen Kgl. Regierung, ebenfalls vor einigen Tagen, die Mittheilung eingegangen, daß, da der Magistrat auch beim Kgl. Ministerium beschwerdesüßend aufgetreten, nunmehr über das von dem letzteren entworfene provisorische Statut in Unterhandlung getreten werden solle. In diesem Statut sei bestimmt, daß das Lazareth vorzugsweise Kranke der Stadt aufnehmen solle und zwar 100 auf eigene Kosten und weitere 150 Kranke gegen ein tägliches Verpflegungsgeld von 12½ Sgr. pro Kopf. Die Administration teile in Beziehung auf das Innere der zuerst gewählte Oberarzt und ein Ober-Inspicor, in Beziehung auf die Beirerung nach Außen und die wichtigeren Angelegenheiten habe der Vorstand die Amtsführung. Die jetzigen vier Vorsteher sollen auf Lebenszeit im Amte bleiben, bei Erledigung einer dieser Stellen soll dieselbe auf Präsentation der Vorsteher neu besetzt werden, jedoch immer nur auf sechs Jahre. Die Oberaufsicht über die Anstalt behalte sich die Regierung vor. Der Magistrat habe sich nach Kenntnisaahme des Statuts der Erwägung nicht entziehen können, daß den städtischen Behörden nach dem neuen Statut jede Controle und Mitwirkung bei der Verwaltung entzogen und sie nur in Bezug auf Zahlung des Aufschusses berücksichtigt seien. Der Magistrat habe nun die Erklärung abgegeben, daß er überhaupt nur in Verhandlungen über das Project eintreten könne, wenn vorher vor Allem drei Punkte in dem qu. Statute verändert würden. Vor Allem sei der Passus über die Aufnahme nicht genügend; es müsse ohne irgend einen Vorbehalt ausgesprochen werden, daß die Bedürfnisse der Stadt Danzig in Bezug auf Unterbringung ihrer Kranken befriedigt würden, und es dem Magistrat überlassen bleibe, zu bestimmen, wer als unvermögend zu erklären sei. Ferner sei die Höhe des Verpflegungsgeldes nicht acceptabel; der Verpflegungssatz von 7½ Sgr. pro Kopf und Tag sei der angemessene, zu mehr könne die Stadt sich nicht verstehen. Endlich sei es ganz unabweisbar nothwendig, daß ein Mitglied des Magistrats in den Conferenzen des Vorstehercollegiums den Vorsitz führe und bei den Beschlüssen eine Stimme habe. Nur auf dieser Basis könne der Magistrat sich auf weitere Verhandlungen einlassen. Gleichzeitig seien Verhandlungen über den Geschäftsgang bei der Krankenaufnahme angeregt. Bei solcher Sachlage habe der Magistrat den aus der Rammereideklasse zu leistenden Aufschuß pro Februar und März zurückgehalten, bis die Frage wegen der bestimmten



100 500 1000 2000 3000 4000 5000 6000 7000 8000 9000 10000



